

## **#StandWithUkraine - Resolution der SPD Mannheim zur aktuellen Lage in der Ukraine**

Der 24. Februar 2022 wird in die Geschichte eingehen. An diesem Donnerstag hat Wladimir Putin einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Es ist die größte Invasion seit Ende des zweiten Weltkriegs – mitten in Europa. Die erneute Aggression Putins ist ein grundlegender Bruch des Völkerrechts und zerstört die Sicherheitsordnung Europas. Durch praktisches Handeln erklärt Putin Grundsätze für nichtig, die unsere internationale Ordnung seit dem Westfälischen Frieden prägen und nach 1945 zentraler Grundstein der Vereinten Nationen und des modernen Völkerrechts geworden sind. Vor allem verursacht dieser Krieg aber eines: unglaubliches Leid. Er kostet unzählige Menschenleben – ukrainische, wie russische.

Wir stehen unmissverständlich an der Seite der Ukraine. Den Ukrainer:innen, die Schutz suchen, die fliehen oder kämpfen, ihnen allen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Wir stehen zu einer freien und demokratischen Ukraine, die souverän über ihre Zukunft entscheiden kann. Das Recht des Stärkeren darf und wird sich nicht durchsetzen.

Wir erklären uns ebenso solidarisch mit all jenen, die sich in Russland gegen die Verbrechen Putins auflehnen und dafür Gefangennahme, Folter und Tod riskieren. Wir stehen an der Seite all derer, die dieser Tage zu tausenden auf die Straße gehen, um eines zu zeigen: Putins Krieg ist nicht der Krieg der russischen Bevölkerung.

Dieser 24. Februar markiert eine Zeitenwende. Mit diesem Donnerstag hat sich die globale Ordnung fundamental verändert und auf Deutschland und Europa kommen damit neue Herausforderungen und mehr Verantwortung zu.

Als Sozialdemokrat:innen gehört internationale Solidarität zu unserem Selbstverständnis. Nach diesem Grundsatz gilt es auch politisch zu handeln.

### **Sicherheit & Verteidigung**

*“Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln als 1 Minute schießen”* - dieses Zitat von Helmut Schmidt ist aktueller denn je und muss der Grundsatz einer sozialdemokratischen und auch einer deutschen Außenpolitik sein. Deshalb fordern wir, dass weiterhin eine diplomatische Lösung angestrebt wird. Das soll in Absprache mit unseren Bündnis-, Handels- und EU-Partner:innen stattfinden.

Dennoch zeigt der Angriffskrieg auf die Ukraine auch, dass sich die Verhältnisse in unserer Welt ändern: Für Autokraten wie Putin ist Diplomatie eben nicht das höchste Gut und die Staatsgrenzen in Europa veränderbar. Wo unsere Diplomatie trotz jahrelanger Versuche scheitert, müssen wir unserem Grundwert der internationalen Solidarität trotzdem nachkommen und dürfen die Menschen in der Ukraine nicht alleine lassen.

Wir brauchen eine Bundeswehr, die in der Lage ist, unser Land und unsere europäischen Werte zu verteidigen. Gerade im Sinne der internationalen Solidarität haben wir eine Verantwortung gegenüber unseren internationalen Partner:innen, diese im NATO-Bündnisfall unterstützen zu können. Hier kommt insbesondere Deutschland als zweitgrößte Volkswirtschaft der NATO eine besondere Verantwortung zu. Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass Deutschland dazu bereit ist, unseren Bündnispartner:innen uneingeschränkt beizustehen und die Bundeswehr muss dazu tatsächlich in der Lage sein. Aus Respekt vor ihrem Dienst für unsere Freiheit und Demokratie, müssen wir unseren Soldat:innen die bestmögliche und sicherste Ausstattung

gewährleisten können. Wir brauchen Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen und Soldat:innen, die für ihre Einsätze optimal vorbereitet sind.

Das von Bundeskanzler Olaf Scholz eingebrachte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro im Grundgesetz zu verankern, begrüßen wir deshalb. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende; die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich geändert und wir müssen darauf reagieren, um auch in Zukunft unsere Werte verteidigen zu können.

Gleichzeitig blicken wir, wie auch in der Vergangenheit, kritisch auf die aktuellen Strukturen der Bundeswehr und fordern neben der Finanzierung auch eine Strukturreform. Jeglichem Verdacht auf Rechtsextremismus in der Truppe muss entschieden nachgegangen und die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Das Sondervermögen muss effizient investiert werden, dafür braucht es eine kritische Evaluation der Beschaffungs- und Personalkosten. Gleichzeitig gilt es jetzt Entscheidungen über die zukünftigen Einsätze der Bundeswehr zu treffen.

Die von der Bundesregierung gemeinsam mit unseren internationalen Partnern verhängten wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland waren ein wichtiger und richtiger Schritt. Es zeigt sich, dass die Sanktionen zielgenau treffen und der wirtschaftliche Druck auf Putin wirkt. Zentral dabei ist, dass auch potentiell enge Partner:innen Russlands, wie beispielsweise China, von der Notwendigkeit überzeugt werden und ebenfalls Sanktionen umsetzen. Um soziale Verwerfungen zu vermeiden, unterstützen wir zum jetzigen Zeitpunkt auch die Position der Bundesregierung, keine Öl- und Gasembargos zu verhängen.

Wir begrüßen die grundsätzliche Haltung der Bundesregierung, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Doch ein Angriffskrieg auf europäischem Boden stellt eine neue Situation dar. Solidarisch mit den Ukrainer:innen in ihrem Kampf für Freiheit und Demokratie zu sein bedeutet auch, sie militärisch nicht gegen Russland alleine zu lassen. Wir bekennen uns deshalb klar zu den deutschen Lieferungen von Defensivwaffen an die Ukraine. Wir unterstützen die Ukraine bei der Verteidigung ihrer Souveränität. Einen direkten Eingriff der NATO in den Krieg lehnen wir jedoch mit Entschiedenheit ab. Die Eskalation des Krieges über die Ukraine hinaus zuzulassen birgt das Risiko des Ausbruchs eines dritten Weltkrieges oder eine Auseinandersetzung mit Atomwaffen. Das wäre unverantwortlich.

Die aktuelle Krise zeigt auch, dass außen- und sicherheitspolitische Fragen nur gemeinsam mit unseren Partner:innen beantwortet werden können. Die Schritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer europäischen Armee müssen nun entschlossen angegangen und zügig umgesetzt werden. Die Zusammenarbeit -vor allem mit Frankreich- zeigt jetzt schon, dass nur eine gemeinsame europäische Strategie erfolgreich sein kann und unsere internationale Rolle stärkt. Dabei wollen wir vor allem das Amt der:des Hohen Vertreter:in der EU für Außen- und Sicherheitspolitik in Zukunft stärken, um die Politik der europäischen Länder zu koordinieren und bei Drittländern zu vertreten.

### **Solidarität in Mannheim**

Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung darf nicht am eigenen Geldbeutel und auch nicht vor der eigenen Haustür aufhören. Hunderttausende machen sich zur Zeit auf den Weg nach Europa, um bei uns Schutz zu suchen.

Als sicherer Hafen ist für uns Mannheimer:innen klar: unsere Türen stehen allen geflüchteten Menschen offen, unabhängig von ihrer Hautfarbe und Herkunft! Schon jetzt zeigen sich viele

Mannheimer:innen solidarisch und öffnen ihre Häuser und Wohnungen für geflüchtete Familien, helfen mit finanziellen und Sachspenden.

Vor allem aber unsere Verwaltung ist jetzt gefordert. Geflüchteten muss unbürokratisch und schnell geholfen werden. Wir begrüßen, dass sich die EU auf einen unkomplizierten und längerfristigen Schutzstatus geeinigt hat. Ukrainer:innen können so einer Arbeit nachgehen, sind krankenversichern und Kinder können zur Schule gehen.

In Mannheim wurde neben der Anmietung von Jugendherbergen, Hallen und Wohnheimen als Erstaufnahmestellen durch die "Task Force Ukraine" auch eine Erstanlaufstelle geschaffen, wo neben Sozial- und Leistungsberatung auch die Möglichkeiten für medizinische Untersuchungen und Corona-Schutzimpfungen gegeben sind. Vor allem wichtig ist, dass (Aus-)Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen werden.

Bei den Geflüchteten handelt es sich ganz überwiegend um Frauen und Kinder. Sie sind in dieser Notlage, insbesondere bei fehlender Registrierung und privater Unterbringung, Missbrauchsgefahren ausgesetzt. Dem müssen wir entschieden entgegenwirken. Wir danken Oberbürgermeister Peter Kurz und der Stadtverwaltung für ihr schnelles und entschlossenes Handeln. Wir unterstützen sie ausdrücklich auch kommunikativ in Umsetzung der Maßnahmen. Die Landesregierung fordern wir auf, schneller umfassende Mittel und Personal zur Unterstützung der Kommunen bereit zu stellen.

Auch die ukrainische Zivilgesellschaft braucht jetzt unsere Unterstützung und finanzielle Hilfe. Wir unterstützen dafür den Spendenaufruf von "Mannheim hilft ohne Grenzen e.V.". Auch wollen wir in Zukunft enger mit unseren ukrainischen Partner:innen zusammen arbeiten. Wir begrüßen deshalb den Beschluss des Mannheimer Gemeinderats, mit der Stadt Czernowitz in der Ukraine eine Partnerschaft aufzubauen.

Dabei braucht es unser aller Solidarität. Als SPD Mannheim wollen wir deshalb besonderen Einsatz zeigen, denn: „*Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.*“ - Willy Brandt.